

Reaktion auf Münchehäger Dioxin-Fund: SPD fordert Rücktritt von Minister Glup

Landesvorsitzender Bruns: Behörden haben schlampig gearbeitet / Glup steht hinter Neumann

Rehburg-Loccum/Hannover (ut). Der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns hat Ministerpräsident Ernst Albrecht gestern aufgefordert, Landwirtschaftsminister Gerhard Glup zu entlassen. Bruns warf Glup vor, das von ihm geführte Ministerium und die nachgeordneten Behörden seien nicht in der Lage, die Sondermüllbeseitigung in Niedersachsen zu überwachen und zu kontrollieren. Der SPD-Landesvorsitzende beschuldigte Glup, sein Name stehe für eine Kette von Umweltskandalen, die mit den Vorfällen um die Dioxinfunde in Münchehagen eine solche Größenordnung erreicht hätten, daß für Glup ein Verbleiben im Amt unmöglich sei. Der SPD-Politiker forderte Albrecht auf, die Vorwürfe gegen seinen Landwirtschaftsminister entweder zu widerlegen oder ihn zu entlassen. Glup wies die Vorhalte der SPD-Opposition zurück und erklärte, er denke nicht an einen Rücktritt.

Bruns macht dem Minister auf einer Pressekonferenz in Hannover, an der auch der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Bartels, teilnahm, fünf Vorwürfe, die er als „unstrittig“ bezeichnete.

● Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß habe „gravierende Mängel“ bei der Überwachung von Sondermülldeponien festgestellt.

● Völlig überraschend und entgegen aller bisherigen Aussagen von Glup habe es einen Ölaustritt aus der Deponie Münchehagen gegeben, bei dem „unwahrscheinlich hohe Dioxinwerte“ gefunden worden seien.

● Das Landesamt für Wasserwirtschaft habe von den Dioxinkonzentrationen schon am 2. Oktober gewußt, seine Erkenntnisse dem Minister jedoch eine Woche lang vorenthalten.

● Die Bezirksregierung Hannover habe dem Minister nicht über die Vorwürfe eines Zeugen informiert, der die Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung Münchehagen (GSM) beschuldigt hat, dioxinhaltiges Wasser über ihr Gelände hinaus versprüht zu haben. Bruns erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß vor Jahren auf einer der Deponie benachbarten Weide mehrere Kühe verendet und die Bäume in einem Waldstück plötzlich abgestorben seien.

● Bruns zog aus diesen Fällen den Schluß, der Landwirtschaftsminister sei nicht in der Lage, auf der Verwaltungsebene ein so schwieriges Problem wie die Sondermüll-Lagerung zu organisieren. Glup werde „blind gehalten“ und nicht informiert. Die ihm unterstellten Behörden hätten „unverantwortlich und schlampig“ gearbeitet.

Der SPD-Landesvorsitzende sagte, seine Rücktrittsforderung an die Adresse Glups gelte auch dann, wenn die Münchehäger Dioxinfunde bei einer Gegenanalyse nicht bestätigt würden. Auf die Gefährdung, die von der Deponie für Menschen ausgehen könne, hätte schneller und entschiedener reagiert werden müssen.

Landwirtschaftsminister Gerhard Glup wies die Vorwürfe der SPD als unbegründet zurück. „Die Behörden haben sorgfältig gearbeitet“, sagte Glup gegenüber dieser Zeitung. Der Minister verteidigte das Landesamt für Wasserwirtschaft in Hildesheim gegen den Vorwurf, es habe bereits frühzeitig (am 2. Oktober) von den in Münchehagen gefundenen Dioxinwerten gewußt. Der Leiter des Amtes, Professor Neumann, habe ihm das Gegenteil versichert, er habe keinen Anlaß, an Neumanns Worten zu zweifeln.

Zur Zukunft der Deponie in Münchehagen, in der über 330 000 Tonnen Chemiemüll gelagert sind, sagte Glup, man werde wahrscheinlich das Wasser aus dem Polder IV in eine benachbarte Grube pumpen, und den Polder IV mit Ton verfüllen. Dies sei die einzige Möglichkeit, den Damm zum Polder II zu sichern. Glup bezeichnete die Forderung der Stadt Rehburg-Loccum, die Deponie auszuheben und den Inhalt an anderer Stelle einzulagern, als „abenteuerlich“.